



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt, Energie und
Sauberkeit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 31.10.2012

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
am Dienstag, 06. November 2012, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift

2. **12-A-51-0005**

Künftige Aufstellung der Klimaschutzagentur
Vorstellung des neuen Geschäftsführers Rigobert Zimpfer

3. **12-V-36-0025**

DL 39/12-2

Entwurf Lärmaktionsplan Hessen , Teilplan Flughafen Frankfurt/M.

3.1 12-F-51-0001

Fluglärm
Sachstandsbericht des Magistrats

4. 12-F-33-0120

Energieeffizienz in Wiesbaden
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 31.10.2012

Die Energiewende ist ein wichtiges Thema, dessen sich die Kommunen annehmen müssen. Förderprogramme des Bundes, sowie der EU helfen den Kommunen ihre Projekte zu realisieren, um somit Energie und Kosten dauerhaft einzusparen. So kann z.B. mit Hilfe des „CO2-Gebäudesanierungsprogramm“ des Bundes eine energetische Sanierung von Gebäuden gefördert und damit realisierbar gemacht werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1.) zu berichten, von welchen Förderprogrammen des Bundes oder der EU die Stadt Wiesbaden bereits profitiert?
- 2.) zu prüfen, welche Förderprogramme für die Stadt Wiesbaden zur Erreichung des Ziels 20-20-20 noch sinnvoll wären und für welche Projekte diese Förderungen Anwendung finden können.

5. 12-F-33-0121

Klimaschutz für denkmalgeschützte Altbauten - eine Sanierungsfibel für Wiesbaden
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 31.10.2012

Die Beheizung von Gebäuden beansprucht rund ein Viertel des gesamten Primärenergieverbrauchs in Deutschland. Der weitaus größte Teil dieser Energie könnte durch bessere Wärmedämmung und energieeffiziente Heizungsanlagen eingespart werden. Während bei Neubauten schon heute Passivhäuser mit minimalem Energieverbrauch technisch und wirtschaftlich machbar sind, liegen die Einsparpotentiale bei Altbauten und insbesondere bei denkmalgeschützten Gebäuden deutlich niedriger. Trotzdem sind auch bei Berücksichtigung der Vorgaben des Denkmalschutzes in vielen Fällen Einsparungen von 30-40 % möglich. Häufig unterbleibt die Umsetzung von sinnvollen Einsparmaßnahmen, weil der Wärmeschutz bei denkmalgeschützten Gebäuden von vornherein als problematisch und als schwer realisierbar angesehen wird. Hier bedarf es spezieller, über den üblichen Rahmen hinaus gehender Fachkenntnisse, um die bisherigen Hemmnisse bei der Umsetzung zu überwinden. In der Stadt Wiesbaden stehen rund 25 % der Gebäude unter Denkmalschutz. Zum Erreichen der Klimaschutzziele ist es erforderlich, alle mit dem Denkmalschutz kompatiblen Einsparpotentiale möglichst umfassend auszuschöpfen. Die Stadt Wiesbaden soll daher durch Veröffentlichung einer „Sanierungsfibel für denkmalgeschützte Altbauten“ die Voraussetzungen schaffen, dass die fachlichen Grundlagen für eine zeitgemäße energetische Sanierung von Altbauten und denkmalgeschützten Gebäuden allen Interessierten bereitgestellt werden können.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, unter Berücksichtigung des Denkmal- und des Klimaschutzes eine fachliche Grundlage zu erarbeiten, wie Maßnahmen zur Energieeinsparung bzw. zur energetischen Sanierung auch in Altbauten, die unter Denkmalschutz stehen, realisiert werden können. Solch eine „Sanierungsfibel für denkmalgeschützte Altbauten“ ist anschließend ein weiteres Instrument für die Öffentlichkeit und soll zur Energieeinsparung beitragen.

6. 12-F-03-0139

Regionalparkprojekt Rathenau-Platz
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.10.2012

Aufgrund der teils durchgeführten, teils von der Polizei gestoppten Rodung einer Hecke in Kastel hat es in den vergangenen Wochen eine Auseinandersetzung um das Regionalpark-Projekt Rathenauplatz/Alexander-Patch-Brücke gegeben.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:
Der Magistrat wird gebeten,

ausführlich über den aktuellen Stand zum Regionalpark-Projekt Rathenau-Platz/AlexanderPatch-Brücke zu berichten.

7. 12-F-33-0108

Beteiligung der Ortsbeiräte und des Umweltausschusses bei der Genehmigung von Großveranstaltungen
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 20.09.2012

In den vergangenen Monaten kam es wiederholt vor, dass im Gebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden Veranstaltungen angemeldet wurden, die nicht immer auf Gegenliebe der ortsansässigen Bevölkerung stießen und die auch nicht immer problemlos mit den Interessen der Umwelt korrespondierten, für die aber bereits vor der Erteilung der Genehmigung beispielsweise im Internet geworben wurde.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Bei der Verpachtung öffentlicher Flächen im Besitz der Landeshauptstadt Wiesbaden für Veranstaltungen mit mehr als 3.000 geschätzten Besuchern oder einer Dauer von mehr als zwei Tagen sind vor Zusage der Verpachtung der Ortsbeirat und – sofern für die Umwelt bedenkliche Veranstaltungen angemeldet werden – der Umweltausschuss in Textform zu informieren.

8. 12-F-03-0140

Hauptquartier US-Army in Erbenheim - Landbedarf und Anbindung
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.10.2012

In den kommenden Jahren wird das Hauptquartier der US-Streitkräfte von Heidelberg nach Wiesbaden verlegt. Die Amerikaner erwarten die Bereitstellung weiterer Flächen z.B. zur Errichtung einer zweiten Zufahrt zum Airfield. Der Bund beabsichtigt, dem US-Militär Flächen in der Größenordnung von 4,1 ha an der US-Liegenschaft Army Airfield nach den Bestimmungen des Landbeschaffungsgesetzes zur Verfügung zu stellen.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden fordert in ihrer am 14. Dezember 2011 dazu abgegebenen Stellungnahme, dass zunächst ein Entwicklungskonzept für den Gesamtbereich des Flugplatzes vorgelegt werden muss, um mögliche Auswirkungen und Folgelasten einer Intensivierung der Nutzung einschätzen zu können. Ein solches Konzept liegt der Stadtverordnetenversammlung jedoch bis heute nicht vor. Auch wurden einige der in diesem Zusammenhang gestellten Fragen bislang nicht beantwortet.

In Anhörungsverfahren sind Bedenken vorgetragen worden, für die teilweise noch Lösungen ausstehen, darunter Fragen zu: Kampfmittelräumung, Grundwassersanierung (Altstandort „Erbenheimer Lackfabrik“), Eingriffen ins Erdreich, Vereinbarkeit mit dem Regionalem Flächennutzungsplan (regionaler Grünzug/Vorranggebiet für die Landwirtschaft).

Der Ausschuss möge daher beschließen:
Der Magistrat wird gebeten,

1. über den aktuellen Stand der Planungen für eine zweite Zufahrt zum Airfield inklusive sämtlicher bisher angedachter Varianten zu berichten.
2. über alle ihm bekannten potentiellen weiteren Flächenansprüche der Army im Bereich Erbenheim zu berichten.
3. eine öffentliche Bürger-Informationsveranstaltung einzuberufen, um die Wiesbadener Bevölkerung über die gesamte denkbare Flächeninanspruchnahme und mögliche Konsequenzen insbesondere für den Stadtteil Erbenheim im Zuge der Verlagerung des US-Hauptquartiers zu informieren.

9. 12-F-03-0141

Einsatz von Streusalz
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.10.2012

Nach Paragraph 6, Absatz 6 der Straßenreinigungssatzung der Landeshauptstadt Wiesbaden ist die präventive Verwendung von Streusalz nur in Ausnahmefällen - etwa bei besonderen Witterungsbedingungen wie Blitzeis - zulässig. Die Satzung empfiehlt als Streumittel Sand, Splitt und Granulat. Falls doch Salz zum Einsatz kommen muss, „ist die Menge auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken“ und zu vermeiden, dass es in den Wurzelbereich von Bäumen gelangt.

Gleichwohl ist zu beobachten, dass der - meist nicht präventive - Einsatz von Streusalz in den vergangenen Jahren zugenommen hat, obwohl es Bäume, Pflanzen, Tiere, Boden und Grundwasser schädigt und Schäden an Häusern und Fahrzeugen verursacht. Salze verhindern, dass Bäume ausreichend Wasser und Nährstoffe aufnehmen können. Sie werden anfälliger für Infektionen durch Pilze und Bakterien.

Der Ausschuss möge daher beschließen:
Der Magistrat wird gebeten,

1. noch vor Anfang der Wintersaison eine Bürger-Infokampagne über den zu-lässigen und vernünftigen Einsatz sowie die negativen Folgen von Streusalz durchzuführen.

2. dem Ausschuss über die rechtlichen Voraussetzungen (z.B. Verkehrssicherungs- pflicht) zum Einsatz von Streusalz zu berichten, u.a. auch über die vom Winterdienst der ELW durchgeführte Präventivstreuung von Feuchtsalz bei Eis- und Reifglätte.

3. die privaten Straßenreinigungs- und Winterräumfirmen in einem Schreiben zu Beginn des Winters darauf hinzuweisen, welche Streumittel sie verwenden dürfen und welche Konsequenzen eine Missachtung der Satzung hat.

10. 12-F-33-0119

Emission und Entsorgung von Quecksilber
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 31.10.2012

Quecksilber ist ein giftiges Schwermetall, das bereits bei Zimmertemperatur Dämpfe abgibt. Bei der Aufnahme über den Verdauungstrakt ist reines metallisches Quecksilber vergleichs-weise ungefährlich, eingeatmete Dämpfe wirken aber stark toxisch. Besonders toxisch sind vor allem die organischen Verbindungen des Quecksilbers, wenn sie mit der Nahrung aufge-nommen werden. Je nach Aufnahme sind sowohl eine akute als auch eine chronische Ver-giftung möglich.

Gleichzeitig ist Quecksilber ein typisches Umweltgift, welches sowohl bei unsachgemäßer Verwendung, als auch bei der Entsorgung belasteter Materialien und Industrieprodukte frei-gesetzt werden. Ein Sonderfall sind möglich Quecksilberemissionen von Krematorien, welche aus Amalgamfüllungen der Zähne der Verstorbenen herrühren.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten darzulegen

- (1) ob es bekannte Belastungen der Wiesbadener Atemluft mit Quecksilber gibt,
- (2) ob es in Wiesbaden quecksilberverarbeitende Betriebe gibt und ob von diesen Emis-sionen ausgehen,
- (3) ob es bekannte Probleme in den Sammelstationen der ELW für Energiesparlampen gibt (Glasbruch bei der Entsorgung),
- (4) ob das Wiesbaden Krematorium Quecksilber emittiert.

11. 12-F-33-0099

Einführung einer einheitlichen Wertstofftonne
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0165 vom 18.09.2012
(gem. Antrag von CDU und SPD)

ANLAGE

12. 12-F-03-0129

Mineralstoffmischanlage bei Dyckerhoff
Überweisungsbeschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr von 0231 von
25.09.2012
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

ANLAGE

13. 12-V-36-0023

DL 41/12-3

Ausbau der Windkraft in Wiesbaden

14. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 12-V-36-0022

DL 38/12-2 NÖ

Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der
Landeshauptstadt Wiesbaden am 30.08.2012

2. 12-F-33-0087

Rückbau des Deponieabschnitts I
schriftlicher Bericht des Magistrats
(gem. Antrag von CDU und SPD)

ANLAGE

3. 12-F-07-0005

Photovoltaikanlage Deponie Dyckerhoffbruch
schriftlicher Bericht des Magistrats
(Antrag der Bürgerliste Wiesbaden)

ANLAGE

4. 12-F-33-0085

Löschmittel F 500
schriftlicher Bericht des Magistrats
(gem. Antrag von CDU und SPD)

ANLAGE

5. 12-V-31-0004

DL 40/12-2

Gefahrenabwehrverordnung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in und am Stadion an der Berliner Straße ("Brita-Arena")

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen
Vorsitzender